

Pressemitteilung vom 31.10.2024

Bilanz der umfassenden Binnengrenzkontrollen: Gefährliche Symbolpolitik

"Die Bundesregierung behauptet, mit der Einführung umfassender Binnengrenzkontrollen unerlaubte Einreisen reduzieren zu wollen. Doch die Zahlen der Bundesregierung zeigen, dass das Gegenteil der Fall ist: Dort, wo Mitte September 2024 Grenzkontrollen neu eingeführt wurden, d.h. an den West-Grenzen Deutschlands, wurden insgesamt vier Prozent mehr unerlaubte Einreisen festgestellt als zuvor. Dort, wo es zuvor schon Grenzkontrollen gab, an den Ost- und Südgrenzen, kam es hingegen zu einem Rückgang der unerlaubten Einreisen um 17 bzw. 18 Prozent", stellt Clara Bünger, fluchtpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, mit Blick auf eine Antwort der Bundesregierung auf ihre parlamentarische Anfrage zu Feststellungen an den Grenzen drei Wochen vor bzw. nach dem 16. September 2024 im Vergleich (Bundestagsdrucksache 20/13435, Frage 32, Seite 26) fest. Bünger weiter:

"Mit hohem Personalaufwand betreibt die Bundesregierung an den Grenzen eine Symbolpolitik, die am Ende nur rechte Parteien stärkt. Schärfere Grenzkontrollen werden an den Gründen zur Flucht nichts ändern. Den populistischen Wettstreit, wer die Grenzen angeblich besser bewacht, wird die Bundesregierung ohnehin nicht gewinnen. Mit ihrem nationalen Alleingang hat die Bundesregierung vielmehr europäische Nachbarn vor den Kopf gestoßen, europäisches Recht zur EU-Freizügigkeit missachtet und die alltägliche Bewegungsfreiheit von Menschen im grenzüberschreitenden Verkehr behindert.

Schon die allgegenwärtige Rede von der 'irregulären' Migration ist gefährlich und irreführend. Schutzsuchende erhalten in aller Regel keine Visa, sie haben keine andere Wahl, als die Grenzen unerlaubt zu überschreiten. Dass sie deshalb nicht kriminalisiert werden dürfen, regelt verbindlich Artikel 31 der Genfer Flüchtlingskonvention. Nicht die Geflüchteten, sondern Fluchtursachen müssen bekämpft werden!

Schutzsuchende dürfen nach internationalem und europäischem Recht ohnehin nicht einfach so an den Grenzen zurückgewiesen werden. Grenzkontrollen können zur Reduzierung der Zahl Asylsuchender in Deutschland deshalb eigentlich nichts beitragen. Allerdings gibt es ernst zu nehmende Hinweise auf illegale Zurückweisungen von Schutzsuchenden durch die Bundespolizei, hier müsste die Innenministerin endlich tätig werden."

Clara Bünger
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sprecherin für Flucht- und Rechtspolitik
clara.buenger@bundestag.de
clarabuenger.de

Clara Bünger
Die Linke